

Helmut Konrad/Karin M. Schmidlechner (Hrsg.), *Revolutionäres Potential in Europa am Ende des Ersten Weltkrieges. Die Rolle von Strukturen, Konjunkturen und Massenbewegungen*, Böhlau Verlag, Wien etc. 1991, 174 S., brosch., 48 DM.

Im Juni 1989 trafen sich auf Einladung von Forschungsinstituten zur Geschichte der Arbeiterbewegung aus Italien, Frankreich, Österreich und der Bundesrepublik Deutschland Historiker in Graz, um ihre Regional- und Detailstudien zum Umbruch in Europa am Ende des Ersten Weltkrieges zu präsentieren. Neben Übersichtsdarstellungen standen der Vergleich revolutionärer Städte, verschiedener Branchen, die Rolle des Staates und die konservativen Gegenkräfte im Mittelpunkt des Interesses. Im vorliegenden Band werden die Beiträge zum deutschen Sprachraum präsentiert.

Einleitend geben Klaus Tenfelde und Karin Schmidlechner einen Überblick über die Forschungen zu Massenbewegungen und Revolution in Deutschland und Österreich 1917–1923. Während für Deutschland die Forschungssituation gut sei, gibt es für Österreich nur wenige Arbeiten, die sich mit der Novemberrevolution beschäftigten.

Mit der Entwicklung in den städtischen Zentren der Revolution beschäftigen sich Detlef Lehnert, Martin Geyer und Hans Hautmann. Lehnerts Hauptthema sind die Lohn- und Mitbestimmungsforderungen der Arbeiter und Angestellten in Berlin 1918/19. Die Analyse ist akribisch und detailreich. Lehnerts Fazit ist, daß vom November 1918 bis zum Sommer 1919 die Berliner Situation »weit mehr durch die Demobilisierungskrise der Nachkriegsmonate als einen revolutionären Veränderungsimpuls geprägt« (S. 57) gewesen sei. Ein weiteres Thema des Beitrags ist die Reaktion bürgerlicher Kräfte auf die Aktionen der Arbeiterbewegung. Für die DDP konstatiert Lehnert nach der militärischen Niederlage der linksradikalen Kräfte in Berlin zu Beginn des Jahres 1919 eine gewisse Kompromißbereitschaft gegenüber dem Rätegedanken, ein Zweikammersystem von Parlament und Räten wurde nicht ausgeschlossen. Rechts von der DDP wuchs seit der Jahreswende die anti-revolutionäre Militanz.

Martin Geyer untersucht die Ursachen und Formen der Radikalisierung der Münchener Bevölkerung seit Kriegsbeginn. Geyer beschreibt den auch aus anderen Städten bekannten Prozeß der Entstehung einer nur partiell von Arbeiterparteien und Gewerkschaften beeinflussten Massenbewegung seit 1916. Eine wesentliche Ursache der Radikalisierung nach der Novemberrevolution sieht Geyer im Zustrom ehemals apathischer, nun aber vor Radikalismus überschäumender neuer Mitglieder in Gewerkschaften und Arbeiterparteien, gerade auch aus der Beamten- und Angestelltenschaft. Geyer stellt fest: »Die Revolution war von Anfang an auch eine große Lohn- und Gehaltsbewegung« (S. 75). In der kurzen Zeit der Existenz der Räterepublik dominierte ein Radikalismus bornierter Gruppeninteressen. Gepaart mit dem Lebensmittelboykott gegen die Räterepublik, war dies eine der wichtigsten Ursachen ihres Scheiterns. Nach dem Ende der Räteherrschaft wurde der soziale Protest gegen die Teuerung, der bis 1919 der Linken Erfolge gebracht hatte, ein Instrument für die Kampagne der Rechten gegen die Arbeiterbewegung und den Weimarer Staat.

Hans Hautmann legt einen Beitrag vor, der wenig auf spezifisch Wiener Bedingungen eingeht, mehr eine Zusammenfassung der revolutionären Entwicklung in ganz Österreich ist. Als »Avantgarde« (S. 94) der Massenkämpfe benennt Hautmann die Metallarbeiter in Großbetrieben. Er erklärt dies mit der in der Rüstungsproduktion besonders krassen Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter. Sollte dieses Bild für Wien zutreffen, wäre es eine erhebliche Abweichung von der Entwicklung in Deutschland, wo die Rüstungsarbeiter ihre relative Position in materieller Hinsicht deutlich hatten verbessern können.

In der Branchenanalyse finden wir zwei Beiträge zum Bergbau, von Eberhard Wächtler und Karl Stocker. Wächtler widmet sich nicht der eigentlichen revolutionären Phase, son-

dern ihrer Vorgeschichte. Sein Ziel ist es, die revolutionäre Haltung der sächsischen Bergarbeiter zu erklären. Er beginnt mit einer Untersuchung der Arbeitsorganisation des sächsischen Bergbaus, mit der er die konservative Haltung der sächsischen Erzbergarbeiter, die besonders in der Revolution von 1848 deutlich wurde, begründet. Die revolutionären sächsischen Bergarbeiter kamen hingegen aus dem Kohlenbergbau, der jüngeren Datums war – er entstand im wesentlichen erst im 19. Jahrhundert – und eine gänzlich andere Arbeitsorganisation aufwies als der Erzbergbau. Der Kohlenbergbau war auf die Tätigkeit einer großen Zahl von Beschäftigten abgestellt, während im Erzbergbau die Leistung des einzelnen stärker im Vordergrund stand; es fehlten die Privilegien, die die Erzbergarbeiter besaßen. Für die meisten der frühen Kohlenbergarbeiter war diese Tätigkeit der Endpunkt eines sozialen Abstiegs. Zugleich erzog die Arbeitsorganisation zu einem sehr disziplinierten Auftreten. Im Ergebnis dieses Sozialisationsprozesses wählten die westsächsischen Bergarbeiter schon 1868 sozialdemokratische Abgeordnete in den Reichstag.

Karl Stocker widmet sich den Konflikten in der Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft 1917–1919. Die ÖAMG war das größte Montanunternehmen der Monarchie, zugleich gegenüber der Arbeiterschaft das aggressivste österreichische Unternehmen, schließlich war die Belegschaft oft Avantgarde der Arbeiterbewegung. Im Ersten Weltkrieg spitzten sich die Konflikte noch zu. Unmittelbarer Auslöser aller Proteste der Belegschaft war die schlechte Ernährungssituation. Seit Anfang 1918 bekam die Bewegung der Arbeiterschaft einen immer offener politischen, auf eine Revolution abzielenden Charakter. Als dieses Ziel erreicht war, stellte sich das Problem der Sozialisierung. Ausgehend von Auseinandersetzungen mit der Generaldirektion über Ernährungsfragen, wurde im April 1919 von der Belegschaft zweier ÖAMG-Betriebe die Sozialisierung der Gesellschaft verlangt. Von der Sozialdemokratie wurden die Streikenden auf den Weg der Gesetzgebung verwiesen. Dies führte zu einem großen Vertrauensverlust in die Partei. »Viele linksstehende Sozialdemokraten wanderten zu den Kommunisten ab« (S. 126).

Der Staat in der Revolution wird nur im Beitrag von Johannes Bähr analysiert. Sein Thema ist die Entstehung der staatlichen Zwangsschlichtung von Tarifauseinandersetzungen in der Weimarer Republik. Er schildert, wie die Zwangsschlichtung, die ursprünglich nur für Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Demobilmachung vorgesehen war, allmählich auf das gesamte Tarifvertragswesen ausgedehnt wurde. Rechtlich war dies äußerst umstritten. Ziel der Befürworter war die Eindämmung von Streiks. Bähr zeigt, daß in den gewerkschaftlich schwach organisierten Wirtschaftssektoren die Zwangsschlichtung von den Arbeitnehmerorganisationen begrüßt wurde, während kampfstärke Gewerkschaften die staatliche Einmischung ablehnten. Bähr sieht die Zwangsschlichtung als »tarifpolitisches Pendant zum Artikel 48 der Reichsverfassung« (S. 130). Die mangelnde Konsensbereitschaft der Tarifparteien erforderte diese staatlichen Eingriffe.

Wolfram Wette und Elisabeth Dietrich befassen sich mit den konservativen Gegenkräften. Wette behandelt die Rolle des Militärs in der Novemberrevolution. In seinem kurzen Beitrag gibt er einen Überblick über die Sozialstruktur des kaiserlichen Militärs, wendet sich dann den Soldatenräten und der Demobilmachung zu, um schließlich das »Wiedererstarken der militärischen Führungsschicht« (S. 152) 1919 zu betrachten. Die Soldatenräte gingen Wette zufolge »daran zugrunde, daß es keine Soldaten mehr gab« (ebd.), so daß nicht die Räte, sondern die kaiserliche Führungsschicht die militärische Kontinuität über die Revolution hinweg verkörperte.

Im Schlußbeitrag untersucht Dietrich die Radikalisierung des bürgerlichen Lagers in Tirol, die sich nicht nur in einer immer schärferen, auch von Antisemitismus geprägten Frontstellung gegenüber der Arbeiterbewegung und der parlamentarischen Demokratie, sondern auch in einer separatistischen »Los von Wien«-Bewegung manifestierte. Mit der »Heimatwehr« verfügten diese bürgerlichen Kräfte über ein ernstzunehmendes militärisches Potential. Dietrich sieht die Ursachen der Radikalisierung, die schon vor dem Ersten

Weltkrieg begonnen hatte, in der späten und langsamen Industrialisierung Tirols, »die zeitlich mit den ersten krisenhaften Störungen im Agrarbereich zusammenfiel«. Antiliberalismus und Antisozialismus fanden unter dem Dach des Antimodernismus, der von der Agrarkrise befördert wurde, zusammen. Der – wie auch die Industrie – auf wenige Orte konzentrierten Tiroler Arbeiterbewegung wurde »Bodenständigkeit« abgesprochen. Während und nach dem Ersten Weltkrieg kamen die schwierige Ernährungslage – Tirol wurde im November 1918 von der zurückflutenden kaiserlichen Südarkmee überschwemmt – und die Südtirolfrage hinzu. Die neue Regierung in Wien, und hier wiederum die Sozialdemokraten, wurde für diese Entwicklung verantwortlich gemacht.

Der Sammelband bringt mit diesen Beiträgen eine Reihe wichtiger Detail- und Lokalstudien, die meist auf schon veröffentlichten Monographien beruhen. Dies erleichtert dem einschlägig Interessierten den Überblick. Wie so oft aber bei komparatistisch angelegten Konferenzen, fehlen gemeinsame Fragestellungen, die den Vergleich erst ermöglichen würden.

*Bernd Rother, Braunschweig*

Brunello Mantelli, »Camerati del lavoro«. I lavoratori italiani emigrati nel Terzo Reich nel periodo dell'Asse 1938–1943, La Nuova Italia, Firenze 1992, XXIV + 481 S., brosch., 48 000 Lit.

Zwischen 1937 und dem 8. September 1943 haben fast eine halbe Million italienische Gast- bzw. Fremdarbeiter eine kürzere oder längere Zeit in Deutschland verbracht. Nach dem Schicksal der italienischen Kriegsgefangenen 1943–45 (vgl. die kürzliche Arbeit von G. Schreiber) ist dies die größte Fremderfahrung im deutsch-italienischen Verhältnis des 20. Jahrhunderts. Historiographisch handelt es sich um ein fast völlig unbekanntes Kapitel. Auch die italienische Zeitgeschichtsschreibung hat diesem Thema, mit Ausnahme der Beiträge von E. Collotti, A. Gibelli, F. Minniti und Vorstudien von B. Mantelli, fast keine Aufmerksamkeit geschenkt. Die vorliegende, auf jahrelangen gründlichen Archivstudien in Italien und Deutschland basierende Studie erschließt daher vielfach historiographisches Neuland. Die Dokumentation von italienischer Seite, etwa des Korporationsministeriums, des Commissariato per la colonizzazione e le migrazioni interne oder der Confederazione sindacale fascista dei lavoratori dell'agricoltura ist bis auf Bruchstücke verschwunden. Der Autor hat sich dagegen auf die sehr viel reichere deutsche Archivüberlieferung stützen können, die die wichtigsten Beiträge geliefert hat. In einem ausführlichen Literaturbericht (S. 1–30) zeigt der Autor, auf welche Schwierigkeiten und Funde er bei seinen Recherchen gestoßen ist.

Die Bedeutung des Themas steht außer Zweifel. In den simplizistischen Worten Mussolinis (Juni 1939) konnte Italien vor allem ein Arbeitskräftepotential einbringen. In der Tat erwies sich die Verfügbarkeit von Arbeitskräften als die einzige As-Karte, die dem ökonomisch und militärisch weit zurückfallenden faschistischen Italien 1940–43 noch verblieb. Gemessen am Finanzvolumen überstiegen die Überweisungen der italienischen Arbeiter aus Deutschland nach Italien 1941–43 deutlich die Werte des deutschen Kohlenexports nach Italien. Vor allem nach dem Zusammenbruch des »Parallelkriegskonzepts« und dem Eingreifen deutscher Truppen im Mittelmeerraum ab Januar 1941 sah sich Rom massiven deutschen Wünschen nach Entsendung auch von Facharbeitern gegenüber, denen zum Teil entsprochen wurde. Die rapide anwachsenden Zahlungsbilanzüberschüsse im deutsch-italienischen Clearing (Ende 1942 über 5 Mrd. Lire) erwiesen sich ab Anfang 1943 für die italienische Seite als entscheidendes Argument, den Arbeitskräfteexport nach Deutschland massiv einzuschränken. Da Rom mit Vorschüssen und Unterhaltszahlungen einen Teil des